

TAGUNGEN

Nationalökonomien diskutieren Problematik der wirtschaftlichen Konzentration

Wohl selten ist eine der in zweijährigem Turnus stattfindenden wirtschaftswissenschaftlichen Tagungen der *Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Socialpolitik* in der Öffentlichkeit so stark beachtet worden, wie die in diesem Jahr vom 18. bis 21. September in Bad Kissingen abgehaltene. Das lag wesentlich an dem Tagungsthema *Die Konzentration in der Wirtschaft*, mit dem die Gesellschaft, der fast alle wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer und viele Praktiker des Wirtschaftslebens angehören, in hervorragender Weise an die Tradition des bereits 1872 gegründeten „Vereins für Socialpolitik“ anknüpfte. Handelt es sich doch um ein Thema, das, wie der Vorsitzende der Gesellschaft, Prof. *Neumark*, ausführte, „sowohl einer theoretisch-analytischen als auch einer empirischen Untersuchung zugänglich“ ist und „eine wirtschafts- wie sozialpolitische Problematik von größter Bedeutung und Aktualität“ umschließt. Fünf allgemeine und fünf spezielle Referate sowie die jeweils anschließenden Diskussionen gaben — neben drei rechtzeitig zum Tagungsbeginn vorgelegten

- 1) *Die Konzentration in der Wirtschaft*, herausgegeben von Prof. *Arndt*. Verlag Duncker und Humblot, Berlin 1960. 3 Bände.
- 2) Der Vortrag ist in einer Artikelreihe in der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ Nr. 39—41 abgedruckt.

Materialbänden¹⁾ — Aufschluß darüber, wie vielschichtig die Konzentrationsproblematik ist und wie vielfältig die Fragestellungen sein können. So konnte es nicht verwundern, daß auch die Antworten meist unterschiedlich wa-

Ist die Konzentration unentrinnbar?

Die Kernfrage, ob die Konzentration unentrinnbar ist oder nicht, gehörte zu den am meisten umstrittenen Fragen. Prof. *Salin* (Basel), der als erster Referent über „Soziologische Aspekte der Konzentration“ sprach²⁾, bejahte sie eindeutig. Für ihn ist die Konzentration „Ausdruck und Motor der industriellen Gesellschaft“, zu der er sowohl die kapitalistische als auch die kommunistische Gesellschaft rechnet. Die Konzentration ist zwar einerseits „als Handlung und Leistung des bürgerlichen Kapitalismus“ zu verstehen, andererseits aber auch „als Begleiterscheinung und Folge des technischen Fortschritts“, der sich im kommunistischen Bereich nicht anders vollzieht als im kapitalistischen. Die These von der Unentrinnbarkeit gilt auf jeden Fall für die *Betriebs-* und die *Unternehmenskonzentration*, allerdings nicht in gleicher Form für die *Machtkonzentration* und nicht in gleicher Weise für die *Eigentumskonzentration*. Den Erfordernissen der (2.) industriellen Revolution entspricht jedenfalls eine „optimale Konzentration“ ebenso wie eine „optimale Selbstfinanzierung“, denn nur durch diese kann der riesige Finanzbedarf gedeckt werden, der im Zeitalter der Automation, Atomenergie, modernen Elektronik und Chemie entsteht. Es gilt, diese Zwangsläufigkeiten zu erkennen und, davon ausgehend, Mißbräuche zu verhindern. Dazu muß man ohne Angst vor

staatlicher Kontrolle oder staatlichen Eingriffen nach Lösungen suchen, „welche einen noch möglichen Raum der Freiheit sichern“. Salin meint, daß ein „sachkundiges Aufsichtsamt“ am ehesten zur wirksamen Kontrolle geeignet ist.

Den Versuch, der Konzentration mit neuen aktienrechtlichen Vorschriften beizukommen, bezeichnete er dagegen als „Biedermeierstil“. Kein Aktienrecht kann die Machtpositionen verhindern, die durch Aufsichtsrats- und Kreditverflechtungen zwischen Großunternehmen und Banken entstehen; selbst bei eventuellen Verboten würden kaum kontrollierbare mündliche Absprachen zwischen den Managern für eine Einflußnahme ausreichen. Ebensowenig Erfolg verspricht sich Salin von der beabsichtigten Erweiterung der Zuständigkeiten der Aktionärsversammlung. Dabei geht man von der Fiktion aus, daß das Produktionseigentum noch als Aktionärseigentum und überhaupt als Eigentum alten Stils anzusehen ist. Tatsächlich vollzieht sich aber eine „Verflüchtigung des Eigentums“ (*Schumpeter*) und ein Wandel der Eigentumsvorstellungen. Es ist nicht mehr möglich, das Produktionseigentum zu demokratisieren. Deshalb ist auch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen durch die Ausgabe von „Volksaktien“ nichts anderes als eine „Scheindemokratisierung“: 10, 20 oder 50 Aktionäre haben noch Eigentum, Stimmkraft und Macht — 100 000 oder eine Million Aktionäre sind dagegen „Stimmvieh“ und eine „Fassade für die faschistische Macht der Leitungsstäbe der verbundenen Konzerne und Großbanken“.

Der Neoliberalismus hat versagt

Weil die amtliche Bonner Wirtschaftspolitik der Vorstellung von der „Heiligkeit des Privateigentums“ anhängt, einer Vorstellung, die ebenso un-antik wie un-christlich, sondern bürgerlich ist und erst vor knapp 150 Jahren von einem Wiener Erzbischof „geschaffen“ wurde, deshalb konnte sie die entscheidenden Aufgaben nicht lösen. Der Neoliberalismus hat zwar beim Wiederaufbau große Leistungen vollbracht, in der Ordnung der Wirtschaft hat er aber genauso versagt wie der alte Liberalismus, und jetzt ist seine Zeit vorbei. Diese Feststellungen Salins fanden nur vereinzelt Widerspruch. Es scheint so, als wenn der Neoliberalismus, ein Jahrzehnt lang das wirtschaftspolitische Glaubensbekenntnis und Dogma der Bonner Wirtschaftspolitik, unter den Wirtschaftswissenschaftlern kaum noch Anhänger hat. Mindestens scheinen sie mit der Auffassung von Prof. *Neumark* übereinzustimmen, daß die amtliche Bonner Wirtschaftspolitik bisher „unsystematisch“ war, daß in der Bewältigung der Konzentration viel versäumt worden ist und daß es heute unter den Nationalökonomien letztlich nur noch um un-

terschiedliche Ansichten über den erforderlichen Grad an „Interventionsintensität“ geht. Einige Referenten und Diskussions Teilnehmer, wie Prof. *Müller* (Freiburg), verneinten eine Zwangsläufigkeit im Konzentrationsprozeß und vertraten die Auffassung, daß die Konzentration Ergebnis wirtschaftlichen Handelns, d. h. menschlicher Entscheidungen, und durch die Wirtschaftspolitik gestaltbar sei. Ob es sich hierbei allerdings — soweit es die Betriebs- und Unternehmenskonzentration betrifft — um einen echten Gegensatz zur Salinschen These handelt, ist fraglich. Vielleicht hat jener Diskussionsredner nicht unrecht, der behauptete, die Frage nach der Unausweichlichkeit der Konzentration sei ein „Scheinproblem“. Natürlich hat der Wirtschaftspolitiker Entscheidungsfreiheit und kann selbst betriebliche Konzentration unterbinden; wer würde aber diesen Weg wählen, wenn er, wie es in der Wirklichkeit sehr oft der Fall ist, mit einem Verlust an wirtschaftlichem Wachstum, technischem Fortschritt, Wohlstand und internationaler Wettbewerbsfähigkeit verbunden ist, zumal im Hinblick auf das konkurrierende kommunistische Wirtschaftssystem? Insofern sind die theoretisch freien Entscheidungen der Wirtschaftler eben doch durch technische und wirtschaftliche Gegebenheiten vorbestimmt, und es geht doch wohl — neben der Frage nach der Kontrolle der wirtschaftlichen Macht — in erster Linie darum, von welcher Grenze ab Betriebs- und Unternehmenskonzentrationen nicht mehr im gesamtwirtschaftlichen oder auch im allgemeinpolitischen Interesse liegen. Das dürfte z. B. der Fall sein, wenn der Konzentrationsvorgang sich hemmend auf Wachstum und Produktivität auswirkt oder wenn er zu einer Wettbewerbsbeschränkung führt.

Konzentration der Betriebe, der Unternehmen und der Verfügungsmacht

Daß die Produktionstechnik in vielen Bereichen zu immer größeren Betrieben zwingt und sich daraus *betriebliche* Konzentrationen ergeben, das wurde auf der Tagung allgemein der Tendenz nach — nicht immer dem Ausmaß nach — akzeptiert. Prof. *Hax* (Frankfurt) brachte in seinem Vortrag über „Betriebswirtschaftliche Probleme der Konzentration“ eine Reihe von Beispielen für technologisch bedingte Konzentrationstendenzen aus dem Bereich der „geborenen Großunternehmen“. Andererseits gibt es große Bereiche, insbesondere in der verarbeitenden Industrie und im Verkehrsgewerbe, in denen die Technik sozusagen „konzentrationsneutral“ ist, indem sie eine Fülle von technisch vollkommenen Kleinwerkzeugen und -apparaten geschaffen hat, durch die der Klein- und Mittelbetrieb seine Leistungsfähigkeit stark verbessern kann. Die *Unternehmenskonzentration*

würde indessen viel unterschiedlicher beurteilt, was nicht zuletzt mit der Vielfalt ihrer Entstehungsursachen zusammenhängen mag. Prof. Hax zählte in seinem Referat u. a. folgende Vorteile der Großunternehmen auf: Günstigere Materialbeschaffungs- und Absatzmöglichkeiten, bessere Orientierung auf wachsenden Märkten, besserer Risikoausgleich durch ein breiteres Produktionsprogramm, eine durch größere Gewinne und relativ geringere Entnahmen stärkere Finanzkraft, die insbesondere eine intensivere Werbung, industrielle Forschung und die Entwicklung neuer Erzeugnisse gestattet, günstigere Kreditbeschaffungsmöglichkeiten, im ganzen größere Sicherheit. Sollen die Unternehmen auch dann noch daran gehindert werden, diese Vorteile wahrzunehmen, wenn sich durch den Konzentrationsvorgang keine schädlichen Auswirkungen etwa auf den Wettbewerb und die Preisbildung ergeben? Hierauf eine Antwort zu geben, ist auch nach der Tagung nicht leichter geworden. Die mit der Unternehmenskonzentration parallel laufende Konzentration der *Verfügungsmacht* der Manager sollte aber auf jeden Fall aus gesellschaftspolitischen Gründen eingeschränkt werden. Hier bietet sich das Mitbestimmungsrecht als ein Mittel an, das sehr wirksam sein kann. Leider ist die Erörterung der politisch so bedeutsamen Konzentration der Verfügungsmacht in Bad Kissingen etwas zu kurz gekommen. Es fehlte an Aussagen über die Bildung von „Gegenkräften“ — Genossenschaften, ein starker gemeinwirtschaftlicher Unternehmensbereich usw. — als Instrument gegen einen Mißbrauch von Verfügungsmacht.

Staatliche Wirtschaftspolitik darf Konzentration nicht fördern!

War auch die Frage, ob und gegebenenfalls wie der Staat Unternehmenskonzentrationen hemmen soll, umstritten, so bestand doch weitgehende Übereinstimmung darüber, daß er sie nicht begünstigen darf. Eine Reihe steuerlicher Vorschriften fördert aber gegenwärtig Konzentrationen; auf ihre Abschaffung zielten infolgedessen größtenteils die Forderungen an die Wirtschaftspolitik. Statt der Besteuerung des *Brutto*-Umsatzes, die infolge ihrer Kumulativwirkung die vertikale Konzentration begünstigt, solle künftig der *Netto*-Umsatz besteuert werden, wodurch die Umsatzsteuer konzentrationsneutral würde. Die Konzernbildung wird durch die Organschaft im Umsatzsteuerrecht und das sogenannte Schachtelprivileg begünstigt, andererseits ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Beseitigung der sich daraus ergebenden Steuervorteile zu einer Fusion von Konzerngesellschaften, also zu einem höheren Konzentrationsgrad führen kann. Prof. Müller hielt es für untragbar, daß das Kartell als lockere Form des Zusammen-

schlusses grundsätzlich verboten ist, während die strengeren Formen der Konzentration (Konzerne) keiner wesentlichen gesetzlichen Beschränkung unterliegen. Eine weitere Forderung, von Prof. Hax vorgetragen, geht dahin, daß der Konzentrationsprozeß durch die Pflicht zur öffentlichen Rechnungslegung kontrolliert werden soll, wobei aber nicht, wie heute, die Rechtsform, sondern die Unternehmensgröße für die Offenlegungspflicht ausschlaggebend sein soll.

Gerechtere Vermögensverteilung ist möglich

Ist die *Vermögenskonzentration* eine zwangsläufige Begleiterscheinung der Unternehmenskonzentration? Gegenwärtig scheint es noch so zu sein. Wenn nach Angaben des Tübinger Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung im Jahre 1959 die Selbständigen mit drei Vierteln, die Unselbständigen und Rentner aber nur mit einem Viertel an der gesamten privaten Vermögensbildung (30 Mrd. DM) beteiligt waren, dann liegt dies in erster Linie an der größeren Sparfähigkeit der Bezieher hoher Gewinneinkommen. Das Tübinger Institut schätzt die auf das Nettoeinkommen bezogene Sparquote der einzelnen sozialen Gruppen wie folgt: Arbeiter 3,7 vH, Angestellte 9,3 vH, Beamte 16 vH, Arbeitnehmer insgesamt 6,5 vH, Rentner 5,4 vH, Selbständige 22 vH, jedoch bezogen auf das versteuerte Gesamteinkommen (einschließlich der nicht entnommenen Gewinne) fast 40 vH. Allgemein wurde eine gerechtere Vermögensverteilung als erstrebenswert angesehen.

Einen interessanten und weitgehenden Vorschlag einer Vermögens-Umverteilung machte Prof. *Föhl*, Tübingen, in einem Referat über „Ursachen und Beeinflussbarkeit der Vermögenskonzentration“³⁾. Im Gegensatz zu Prof. *Salin* fordert er die völlige Beseitigung der Selbstfinanzierung. Dies soll erreicht werden, indem die Körperschaftsteuer auf den nicht entnommenen Gewinn so stark erhöht wird, daß es nicht mehr lohnt, Gewinne zum Zwecke der Selbstfinanzierung im Unternehmen zu belassen und daß eine Überwälzung unmöglich ist. Dagegen soll der ausgeschüttete Gewinn körperschaftsteuerfrei und nur noch direkt beim Empfänger durch die Einkommensteuer erfaßt werden. Der Einkommensteuertarif soll allerdings viel stärker als gegenwärtig progressiv gestaltet werden und mit einem Höchstsatz von etwa 90 vH enden. An die Stelle der wegen der hohen Besteuerung stark eingeschränkten Ersparnisbildung der großen Unternehmen und Bezieher hoher Einkommen muß eine entsprechende Zunahme der Er-

3) Ein gekürzter Auszug aus dem Referat mit den wichtigsten Vorschlägen wurde im „Handelsblatt“ Nr. 184 vom 22./24. 9. 1960 abgedruckt.

sparnisbildung der Bezieher mittlerer und kleinerer Einkommen, insbesondere der Arbeitnehmer, treten, wenn die Investitionstätigkeit und das wirtschaftliche Wachstum nicht nachlassen sollen. Das Gegenstück zu der hohen Einkommensbesteuerung ist deshalb eine großzügige steuerliche Sparförderung, bei der der Sparbetrag entweder in voller Höhe oder wenigstens teilweise von der Steuerschuld absetzbar ist. Voraussetzung für eine spürbare Steuerermäßigung ist freilich, daß die Einkommensteuerbelastung erheblich stärker als gegenwärtig ist. Deshalb will Föhl die indirekte Besteuerung (Umsatz- und Verbrauchsteuern) durch eine entsprechend höhere Einkommensbesteuerung ersetzen. Allerdings sollen die Arbeitnehmer bei diesem Umbau des Steuersystems keine Einbuße erleiden: Die Steuerersparnis, die die Unternehmen durch den Wegfall der indirekten Steuer haben, soll in Form von Lohnerhöhungen an die Arbeitnehmer weitergegeben werden und bei ihnen die höhere Einkommensbesteuerung ausgleichen. Die Ersparnis- und Vermögensbildung würde also nicht auf Kosten des bisherigen Verbrauchs der Arbeitnehmer erfolgen, sondern zusätzlich sein. Eine Freigabe der Sparbeträge kann allerdings nur im Rahmen von Freigrenzen zugelassen werden, die nach dem Familienstand gestaffelt werden; anderenfalls muß die volle Versteuerung nachgeholt werden.

Soweit die wichtigsten Bestandteile des Föhlschen Vorschlags, dem man eine bestehende Geschlossenheit nicht absprechen kann. Als Ganzes wird er freilich kaum verwirklicht werden können. Vielleicht genügt es aber bereits, wenn dem Finanzwissenschaftler Prof. *Haller* gefolgt würde, der zwar auch einerseits eine hohe Besteuerung der nicht ausgeschütteten Gewinne und eine schärfere Einkommensteuerprogression fordert und andererseits die Gewährung großer Steuervergünstigungen für Ersparnisse aus kleinen Einkommen, der aber wohl doch das Ausmaß dieser Veränderungen so festzulegen gewillt ist, daß die Vorschläge noch realisierbar bleiben. Zusätzlich fordert *Haller* eine verschärfte Erbschaftbesteuerung.

Günter Pehl

15. „Rencontres Internationales“ in Genf

Alljährlich finden in Genf nach den Sommerferien die Internationalen Begegnungen statt, deren Debatten jeweils der Erörterung eines aktuellen Themas von allgemeinem Interesse gelten. Üblicherweise werden fünf bis sechs Persönlichkeiten eingeladen, abendfüllende Referate zu halten, die dann am folgen-

den Vormittag öffentlich diskutiert werden. An diesen Aussprachen können die zu den „Rencontres“ eingeladenen etwa 150 Gäste aktiv teilnehmen, während das Publikum zuhört. Auch wenn sich die Veranstalter bemühen, die Debatten auf faßbare Ergebnisse hinzusteuern, kann natürlich keine Rede davon sein, daß die „Rencontres“ irgendwelche Beschlüsse fassen. Oft bilden die „Rencontres“ deshalb das Bild eines bunten Mosaiks verschiedenster widersprüchlicher Meinungen, was auf das breite Publikum verwirrend und ermüdend wirken kann. Die vollkommene Freiheit der Meinungsäußerung hat aber andererseits den Vorteil der allseitigen, undogmatischen Beleuchtung des gestellten Themas. (Die Vorträge und Diskussionsvoten erscheinen gedruckt im Verlag *La Baconnière*, Neuenburg/Schweiz.)

Für die Durchführung der „Rencontres“ ist ein Organisationskomitee verantwortlich, das sich aus Persönlichkeiten des politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens der Stadt Genf zusammensetzt. Zweck der Veranstaltung ist die Konfrontation der wichtigsten geistigen und politischen Strömungen der Gegenwart. Von allem Anfang an wurde deshalb Wert darauf gelegt, auch Sprecher östlicher oder marxistischer Provenienz zu Worte kommen zu lassen. Dieser Grundsatz wurde auch während des kältesten kalten Krieges nicht aufgegeben. — Da die großen Kosten der Veranstaltung durch die Eintrittsgelder bei weitem nicht gedeckt werden, trägt, außer der UNESCO, der Kanton Genf den größten Anteil. Der entsprechende Kreditbeschluß des Großen Rates ist an die Bedingung gebunden, daß die „Rencontres“ ihrem weltoffenen Charakter treu bleiben müssen. Für die Wahl des Themas und die Bezeichnung der Referenten und Gäste trägt aber das Organisationskomitee allein die Verantwortung.

Schon die Festlegung des Themas stellt die Veranstalter vor schwierige Probleme. Wird es zu allgemein gefaßt, so besteht die Gefahr einer uferlosen Redeflut, deren Nutzen sehr fragwürdig ist. Auf der anderen Seite sind aber auch Fachsimpeleien von Spezialisten für die Öffentlichkeit uninteressant. Zwischen diesen beiden Extremen liegt nur ein sehr schmaler Pfad, der auch nur dann zum Erfolg führt, wenn es gelingt, Referenten zu verpflichten, die natürlich ihren Stoff beherrschen, sich aber gleichzeitig bewußt sein müssen, daß es darum geht, Richtlinien für das Verhalten und die Aufgaben des heutigen Menschen zu suchen. Mit der Wahl des Themas *Hunger* für die diesjährigen „Rencontres“ haben die Veranstalter sicherlich eine gute Hand gehabt.

Der Genfer *Louis Maire*, Präsident des Rates der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (F.A.O.), hielt das einleitende Referat, in welchem er die wichtigsten Grund-

tatsachen der „Geographie des Hungers“ vermittelte. Die Hälfte oder gar zwei Drittel der Menschheit leiden Hunger, wobei es sich um Mangelerscheinungen (am häufigsten ist der Proteinmangel, der zu Krankheit und Tod führen kann), Unterernährung oder gar eigentliche Hungersnöte handeln kann. Gleichzeitig sagen uns die Bevölkerungsstatistiker, daß die Menschheit von gegenwärtig 2,9 Milliarden Seelen bis zum Jahre 2000 auf 4,9 bis 6,9 Milliarden zunehmen wird, wobei die am schlechtesten ernährten Gebiete die größte Bevölkerungszunahme aufweisen.

Ausschlaggebend für diese schon oft besprochene „Bevölkerungsexplosion“ sind die großartigen Erfolge der Medizin in der Bekämpfung ansteckender Krankheiten, wodurch die Sterblichkeitsrate beträchtlich gesenkt werden konnte (dennoch bestehen vielsagende Unterschiede: in Indien beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung 32 Jahre gegenüber mehr als 70 Jahre in Norwegen!). Die unvergleichlich schwierigere Aufgabe, die Ernährung dieser Volksmassen sicherzustellen, steht uns noch bevor. Die Entwicklungsländer müssen in die Lage versetzt werden, sich die Mittel für den wirtschaftlichen Aufbau selbst zu erwerben, denn gegenwärtig wird trotz aller Entwicklungshilfe und trotz erfreulicher Fortschritte die Kluft zwischen den hungern und den satten Völkern immer größer.

Auf der anderen Seite verzeichnen die Industrieländer, besonders die USA, immer größere landwirtschaftliche Überschüsse. Aber selbst wenn diese in den Hungerländern vollständig zur Verteilung gebracht würden, ist das keine Dauerlösung. Vom technischen Standpunkt aus erscheint es als durchaus möglich, auf der Erde ein Mehrfaches der gegenwärtigen Bevölkerung zu ernähren. Der von der F.A.O. lancierte „Feldzug gegen den Hunger“ stellt die Zusammenfassung konkreter Aktionsprogramme dar, die mit Hilfe der wirtschaftlich starken Länder in den Hungerzonen in den nächsten Jahren zur Durchführung gelangen sollen.

Maire schloß seinen Überblick mit der Feststellung, daß die Profite allein das Wirtschaftsleben nicht in der gewünschten Weise regeln. „Unsere reine Profitwirtschaft muß sich in eine Bedarfsdeckungswirtschaft verwandeln. Es handelt sich um eine vordringliche Notwendigkeit. Der Geist der Solidarität, der Partnerschaft, muß endlich über den privaten und nationalen Egoismus triumphieren.“

Der Kinderarzt *Robert Debré*, Vater des gegenwärtigen französischen Ministerpräsidenten, sprach zu sehr als — hervorragender! — Spezialist, brachte den Zuhörern aber zum Bewußtsein, daß der Hunger nicht nur ein quantitatives (voller oder leerer Bauch), sondern ebenso sehr ein qualitatives Problem ist.

Fehlt in der Nahrung ein entscheidendes Protein, so ist schwere Krankheit unvermeidlich. Für den Kinderarzt *Debré* steht deshalb die Aufgabe im Vordergrund, den Müttern der Hungerländer zu zeigen, wie sie ihre Kinder vollwertig ernähren können, da Unwissenheit ebenfalls eine wichtige Hungerursache ist. Sehr interessant ist ferner seine Überzeugung, daß die Verbesserung der Kinderpflege und des Kinderschutzes als Bremse gegen die zügellose Kinderproduktion wirken werde. „Wenn eine Mutter einmal begriffen hat, daß sie das Kind in ihrem Arm am Leben erhalten kann, wünscht sie nicht mehr einen endlosen Kindersegen, der alle ihre Sorgfalt wieder illusorisch machen würde.“ Professor *Debré* setzt seine Hoffnungen stark auf die Aufklärung der Mütter, deren Liebe zu ihren Kindern eine Kraft darstelle, mit welcher Aberglauben, Tabus und Fatalismus am ehesten zurückgedrängt werden könnten.

Ilya Ehrenburg sprach über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Hunger, wobei er den Kolonialismus und Imperialismus auf die Anklagebank setzte. Die Entwicklungshilfe des Westens verfolge strategische und politische Ziele, während die UdSSR völlig uneigennützig helfe. Jedoch sei die Hilfe gesamthaft viel zu gering, weshalb zuerst abgerüstet werden müsse, um einen Teil der dadurch eingesparten Mittel in den Hungergebieten investieren zu können. Bevor nicht abgerüstet werde, könne der Hunger nicht bekämpft werden. Die Abrüstung sei das einzige wirkliche Mittel, alles andere utopisch. Sobald die erste Abrüstungsphase Wirklichkeit sei, werde der Hunger zurückweichen... Auch in der Diskussion beharrte *Ehrenburg* mit Hartnäckigkeit darauf, daß die Abrüstung der Bekämpfung des Hungers voranzugehen habe. Auf die Frage, ob nicht auch der Bevölkerungspolitik Beachtung zu schenken sei, entgegnete *Ehrenburg* theatralisch, auf eine derart „neo-malthusianistische Rede“ trete er gar nicht ein.

Selbst politische Freunde *Ehrenburgs* konnten ihre Enttäuschung über diese platte Propagandarede nicht verbergen. In Wirklichkeit wäre es von größtem Interesse, den tatsächlichen Zusammenhang zwischen Abrüstung und Hunger zu untersuchen. Da wäre es einmal nötig, sich zu überlegen, wie ein plötzlicher Rückgang der Rohstoffbezüge auf die Devisenlage der Entwicklungsländer wirken würde. Oder positiv ausgedrückt: welche Umstellungen sind nötig, um den durch die Abrüstung verursachten Produktionsausfall zum Wohle der ganzen Menschheit ersetzen zu können?

Rene Dumont, französischer Agraringenieur, Professor, Publizist und gegenwärtig landwirtschaftlicher Berater von *Fidel Castro*, gab den „Rencontres“ eine entscheidende Wendung. Seine praktische Arbeit in allen Gegen-

den der Welt hat ihn gelehrt, daß die Eigentumsverhältnisse in den meisten Entwicklungsländern einer raschen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion im Wege stehen. Die große Masse der Bevölkerung fristet als Landarbeiter oder Pächter eine Hungerexistenz, ausgebeutet von den Grundbesitzern und Wucherern, getreten von der politisch herrschenden Clique. Solange diesen Massen nicht die Möglichkeit geboten wird, sich der Früchte ihrer Arbeit zu erfreuen, ist nicht mit einem Umschwung zu rechnen. Wegen der Armut der Bevölkerung ist die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes außerordentlich beschränkt, was wiederum die Grundbesitzer veranlaßt, die Produktion einzuschränken, um hohe Preise erzielen zu können. Ein Circulus vitiosus, aus dem nur ernstgemeinte und in der Praxis auch durchgeführte Agrarreformen einen Ausweg zeigen: *der Boden muß jenen gegeben werden, die ihn bearbeiten*. Erst dann werden die von außen herangetragenen Hilfsmaßnahmen (Investitionen, Aufbau des Kreditwesens, Aufklärung, Einführung moderner Methoden usw.) voll wirksam werden können. Dann ist auch die unentgeltliche „Investition“ der unterbeschäftigten Arbeitskräfte in Gemeinwerken zu verantworten und psychologisch möglich.

Ein internationaler Organismus für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist zu schaffen, der über genügend Autorität verfügt, um diese nötigen Strukturwandlungen zu fördern. Gleichzeitig muß er auf eine Stabilisierung der Rohstoffpreise hinarbeiten, von denen die Existenz der Entwicklungsländer abhängt.

„Wir müssen unsere Werke völlig neu überdenken. Eine zweite Reformation ist nötig.“

Tibor Mende, Professor in Paris und Schriftsteller, verallgemeinerte die Gedanken von Dumont und stellte fest, daß der Westen allzu oft mit seiner Hilfe zur Erhaltung überholter Sozialordnungen beitrage. Das Hauptproblem sind die überfälligen Strukturreformen im Abendland und in den Entwicklungsgebieten. Der Versuch, die westliche Vorherrschaft mit Zusammenarbeit zu vereinen, ist zum Scheitern verurteilt. Ist unsere eigene Gesellschaft zu diesen Reformen nicht fähig, so wird sie das Hungerproblem nicht lösen können. Die Folge davon wäre, daß das Abendland früher oder später wirtschaftlich und politisch von der übrigen Welt isoliert würde.

Leider war Mende nicht in der Lage oder nicht gewillt, die Grundlinien der nötigen und möglichen „Strukturwandlungen“ zu skizzieren. Jedoch wurde deutlich, daß er nicht an globale, dogmatische Rezepte denkt, sondern daß er von der wirtschaftlichen Praxis her neue Impulse erwartet.

Je mehr Menschen sich im Westen mit diesen Problemen auf den verschiedensten Ebenen auseinandersetzen, desto rascher reifen die nötigen Erkenntnisse und Entschlüsse. In der Förderung dieses Prozesses liegt wohl für die satten Länder die größte Bedeutung des von der F.A.O. lancierten „Feldzuges gegen den Hunger“, ohne den die so wertvollen und aufwühlenden Genfer Gespräche kaum stattgefunden hätten.

Bruno Kuster